

Landtagsbeilage zur Sächsischen Staatszeitung

Nr. 105.

zu Nr. 268 des Hauptblattes.

1923.

Beauftragt mit der Herausgabe: Regierungsrat Brause in Dresden.

Landtagsverhandlungen.

(Fortsetzung der Sitzung von Donnerstag, den 15. November.)

Abg. Franz (Soz.) (Fortsetzung):

Auch der Herr Abg. Dr. Riethammer und Herr Dr. Edardt sind der Meinung, daß an unserer Wirtschaftsunstetigkeit nichts geändert wird, solange der Achtstundentag besteht, und Herr Abg. Riethammer hat in seinen Ausführungen auf die Eingriffe in die Wirtschaft hingewiesen und daß man sich wundern müsse, daß die Wirtschaft noch diese Dinge aushalten könne. Die Zentralarbeitsgemeinschaft, der auch Herr Abg. Dr. Riethammer angehört, ist es ja selbst gewesen, die im Oktober 1918 den Achtstundentag mit den Spitzengewerkschaften vereinbart hat. Es ist also ein freiwilliger Entschluß der Industriellen gewesen, daß sie in Übereinstimmung mit den Arbeitnehmern den Achtstundentag eingeführt haben, und nachdem der Achtstundentag eingeführt war, ist er durch die Volksbeauftragten sanktioniert worden. Außerdem liegen die Dinge so, daß der Achtstundentag durch ein internationales Abkommen in Washington international geregelt ist. Dieses Washingtoner Abkommen besteht heute noch zu Recht. Es ist eine freiwillige Vereinbarung der Länder.

Kedner weist sodann an einigen Beispielen nach, daß der Achtstundentag nicht schuld an der Minderleistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sei, und fährt fort:

Es ist gesagt worden, der Achtstundentag sei ein schablonisierter Unsinn. Haben wir denn den schablonisierten Achtstundentag? (Abg. Berg: Nein, wir haben den schablonisierten Sechsstundentag!) Nein, in der Wirtschaft haben wir den Acht- bis Elfstundentag. (Zuruf rechts: Das ist nicht wahr, wir haben nur den Achtstundentag!) Sie haben Tarifverträge, Herr Abg. Vagensteher, wonach Sie in Entzezeiten bis zu elf Stunden arbeiten (Zuruf rechts: Mehr Stunden!), im Westfälischen bis zu elf Stunden. Es ist durchaus nicht so, daß der Achtstundentag schablonisiert ist. Wenn Herr Dr. Riethammer sagt: Der Magen wird dem Volke den Achtstundentag austreiben, so meine ich, hier hat Herr Dr. Riethammer ein Wort geprägt, welches der Deutschen Volkspartei recht lange anhängen wird. Das wird die Arbeiterschaft, das werden die Angestellten und Beamten nicht vergessen, daß ein Angehöriger der Deutschen Volkspartei sich auf den Standpunkt stellt, daß durch den Hunger der Arbeiter der Achtstundentag ausgetrieben werden soll. (Sehr richtig! links.) Er hat weiter davon gesprochen, daß die Wirtschaft durch Demonstrationstreiks, durch Proteststreiks usw. gestört wird. Er hat auf den letzten vergangenen Proteststreik in Sachsen hingewiesen. Man kann zu dem Proteststreik stehen, wie man will, jedenfalls war er, so wie er durchgeführt worden ist, ein Protest gegen einen Verfassungsbruch, der von der Reichsregierung gegen Sachsen begangen worden ist. Daß die Empörung darüber zum Ausdruck kam, ist verständlich. Aber die Unternehmer haben den Streik zum Anlaß genommen, den Arbeitern zu lassen, daß sie jetzt die Gewalt, die sie haben, vollkommen rücksichtslos und grausam gegenüber den Arbeitern anwenden wollen. Wir haben im Chemnitzer Bezirk in der Metallindustrie nach dem Proteststreik 2500 Gemäßregelte gehabt. Der Militärbehörden in Chemnitz hat sich nach Verständigung durch uns dafür verwendet, daß die Gemäßregelten wieder eingestellt werden sollten. Der Chemnitzer Bezirksverband deutscher Metallindustrieller hat ebenfalls darauf eingewirkt. Da erklären die Unternehmer, daß sie sich in diese Dinge überhaupt nicht hineinreden lassen von seiten ihrer Organisationen, und dabei liegen Dinge vor, die geradezu toll sind.

Kedner behandelte sodann das Vorgehen der Firma Föge in Chemnitz aus Anlaß des letzten Proteststreiks und fährt fort:

Das zeigt uns, daß das, was Sie in Ihrem Antrag wünschten, nämlich die Untersuchung über die Fälle von Terror, auch auszuweihen ist auf die Terrorfälle, die seitens der Unternehmer gegenüber den Arbeitnehmern ausgeübt werden. Wir glauben aber es hat wirklich keinen Sinn, die Terrorfälle nun von Ihrer Seite und von unserer Seite aufzusuchen und die Zeit damit zu vergeuden, denn ich glaube, es kommt dabei heraus, daß die Herren Unternehmer ein wesentlich größeres Teil von Schuld aufgedeckt erhalten.

Herr Abg. Dr. Riethammer sprach vom Buchdruckerstreik und hat es verurteilt, daß die Buchdrucker in der Zeit in den Streik traten, wo alles Volk auf das wertvollste Notgeld wartet. Wenn aus der einen Seite die wirtschaftlichen Verhältnisse so sind, daß das Goldniveau der Warenpreise 375 Proz. über dem Goldniveau in Friedenszeiten steht, und wenn man auf der anderen Seite den Buchdruckern einen Lohn bietet, der zwei Drittel von dem ausmacht, was die Buchdrucker vor dem Kriege hatten, dann ist es verständlich, daß sie, um wirtschaftliche Nachteile abzuwehren, in das Mittel eintraten, das ihnen nach der Verfassung zusteht, nämlich die Arbeit zu verweigern. Wenn man das nicht haben wollte, dann sollten der Herr Abg. Dr. Riethammer und seine Freunde dafür sorgen, daß man mehr Verständnis für die Räte der Arbeiter hat. Es ist von dem Herrn Abg. Dr. Riethammer ge-

sagt worden, daß von der linken Seite in den Ausschüssen betont worden wäre, man solle in Zukunft das Wort „Staat“ groß und das Wort „ich“ mehr klein schreiben. Dieses Wort hat der Reichsanwalt Dr. Stresemann in Halle geprägt. Er hat es aber in einer Weise geäußert, die nicht der Auslegung des Herrn Abg. Dr. Riethammer entspricht, er hat nämlich darauf hingewiesen, daß es auch in seinen Kreisen — das hat er besonders betont — Leute gibt, die das Wort „ich“ groß und „Staat“ klein schreiben. Und wenn Sie heute die Übermächtigkeit der Konzerne, der Trusts und Syndikate betrachten, dann ist diese Mahnung sehr berechtigt. Ich glaube nur nicht, daß sie viel Erfolg haben wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich bin der Auffassung, hier wird der Staat zu ganz anderen Maßnahmen greifen müssen, und da vermute ich z. B., daß im Freistaat Sachsen keine derartige Übersicht über die Konzerne, über die Syndikate und Trusts vorhanden ist, wie sie im Freistaat Baden geschaffen wurde. (Sehr gut! bei den Soz.) Im Freistaat Baden hat man jetzt genau erfährt, welche Konzentration des Kapitals vorhanden ist. Ich würde es begrüßen, wenn auch die sächsische Regierung im Wirtschafts- oder Arbeitsministerium einmal dazu käme, die wirtschaftliche Struktur des sächsischen Wirtschaftslebens und Staates zu prüfen und vor allen Dingen festzustellen, welche Konzerne, Syndikate und Trusts in Sachsen ihren Sitz haben.

Dann noch ein Wort zu dem Herrn Abg. Dr. Riethammer bezüglich meiner Ausführungen im Ausschuss, wo ich erklärte, es müsse darauf hingearbeitet werden, daß die Herren Unternehmer mehr Verständnis für die Interessen der Arbeitnehmer haben, und das ist eigentlich der Kernpunkt des Streitproblems. Die Herren Unternehmer stehen auf dem Standpunkt, daß die Kriegsverhältnisse sich auf die Dauer nicht aufrecht erhalten lassen, trotz aller Entwidlung der Zeit, sie sind der Meinung, daß man unter allen Umständen die Rechte der Unternehmer, wie sie in dem Vorkriegsdeutschland bestanden, erhalten muß. Wir sind der Auffassung, daß in Deutschland ein neues soziales Recht geschaffen wird. (Sehr richtig! bei den Soz.), ausgedrückt im Arbeitsrecht. (Sehr richtig! bei den Soz.), ausgedrückt im Recht der Arbeiter im Produktionsprozess, ausgedrückt in der wirtschaftlichen Demokratie. Und solange die Unternehmer und Arbeitnehmer über diese Frage sich nicht geeinigt haben, solange die Unternehmer sich auf dem Standpunkt stellen, daß sie Alleinherrscher im Betriebe sind, so lange wird es diesen Kampf geben, so lange werden die Arbeiter um die Mitbestimmung im Betriebe, um die Mitwirkung im Betriebe kämpfen müssen. Es wäre leicht für die Unternehmer, das zu tun. Ein großer Teil der Unternehmer hat es ja schon bewiesen, daß er es kann, und wenn man es eingeführt hat, hat sich gezeigt, daß der Betrieb prosperiert. Es wird notwendig sein, daß man in Unternehmenskreisen sich von diesem alten Standpunkt der Machtvollkommenheit löst und dazu übergeht, die wirtschaftliche Demokratie einzuführen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Zu dem Antrag Nr. 563 unter Abschnitt 6 möchte ich bemerken, wir haben gesagt: beim Reiche darauf zu dringen, daß der Schutz, der den Arbeitern in Krisenzeiten durch die bestehenden Demobilisierungsvorschriften gewährt ist, nicht vermindert wird. Wir wollen damit zum Ausdruck bringen, daß wir es unter allen Umständen für notwendig erachten, daß in den Krisenzeiten die bestehenden Demobilisierungsvorschriften nicht eingeeignet, nicht beseitigt werden, daß wir aber auf dem Standpunkte anderweit stehen, daß die Rechte, die der Arbeiterschaft durch die Demobilisierungsvorschriften gewährt worden sind, ausgebaut werden zu einem neuen Arbeiterrecht, das den Arbeitern ein dauerndes Recht schafft. (Sehr gut! bei den Soz.) Demobilisierung ist ein vorübergehender Zustand, Krisenzeiten sind auch ein vorübergehender Zustand, aber das Arbeitsrecht soll das dauernde Recht sein, an dem die Arbeitnehmer mitzuarbeiten und mitzuwirken haben. So bitten wir diesen Absatz 6 zu verfechten.

Ich komme nun zu dem Antrag II, Minderheitsantrag Lieberoth, Franz, Schneller, Ekrodt, der die Regierung beauftragt, eine Verordnung zur Behebung der Erwerbslosigkeit und zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der Betriebe zu erlassen. Dieser Antrag ist bereits im Antrag Nr. 101 der Sozialdemokratischen Fraktion vom 24. Januar d. J. zu finden. Es ist so, daß wir uns allerdings nicht auf den Standpunkt stellen konnten, wie die Kommunistische Fraktion, daß das in Sachsen gemacht werden kann, weil wir nach der Reichsverfassung nicht in der Lage sind, das zu tun. Wir haben uns seinerzeit logischerweise an die Reichsregierung gewandt. Hätten die Kommunisten das gleiche beantragt, so wäre über die Dinge zu reden gewesen. Wir haben jedoch keinen Grund, die Anträge der Kollegen von der Kommunistischen Fraktion zu verbessern. Wir wollen darauf Wert legen, daß hier festgestellt wird, daß der Antrag der Kommunistischen Fraktion nicht erledigt werden kann und daß wir durch unsere Stellungnahme zu dieser Frage schon früher das zum Ausdruck gebracht haben, was wir zum Ausdruck zu bringen hatten.

Dann ist in Drucksache Nr. 563 in dem Minderheitsantrag unter II der Antrag gestellt, daß die Regierung den Achtstundentag für Sachsen ausdrücklich als unantastbar erklärt und daß den Unternehmern die Verpflichtung auferlegt wird, ihre Betriebe technisch auf das Höchste zu vervollkommen.

Zur ersten Frage habe ich namens unserer Fraktion folgende Erklärung abzugeben:

Die Sozialdemokratische Fraktion sieht nach wie vor auf dem Boden der uneingeschränkten Erhaltung des Achtstundentags. Die Sozialdemokratische Fraktion kann dabei auf die Erklärungen der bisherigen sozialistischen Regierungen Bezug nehmen, die sich eindeutig für die Erhaltung des Achtstundentags ausgesprochen. Ebenso auf die Anträge des sächsischen Arbeitsministeriums zum Arbeitszeitgesetz. Auch die gegenwärtige sozialistische Regierung ist der Sozialdemokratischen Fraktion Gewähr für die Beibehaltung des gleichen Standpunkts. Sie lehnt den kommunistischen Minderheitsantrag deshalb ab, da die Gesetzgebung über die Arbeitszeit ausschließliche Sache des Reiches ist.

Es ist damit zum Ausdruck gebracht, daß wir nach wie vor Anhänger und Befürworter des Achtstundentages sind. Wir werden auf dem Boden des Achtstundentages bleiben, und wir wollen mit dieser Erklärung dafür sorgen, daß die kommunistische Agitation wegen des Achtstundentages von vornherein das richtige Licht und das richtige Bild erhält.

Die andere Forderung: „ihre Betriebe technisch auf das Höchste zu vervollkommen“ ist ein Schuldbürgerrecht. Es kann da eintreten, daß in der Zeit der Krise ein Unternehmer erklärt: Ich habe in Verfolg dieser Verordnung der Regierung meinen Betrieb jetzt ausbauen, ich muß demzufolge meine Arbeiter entlassen. Aber die Frage der technischen Vervollständigung wird natürlich Streit entstehen. Es wird manchen Unternehmer geben, der sagt, er habe seinen Betrieb auf das technisch Höchste vollendet, ein anderer wird erklären: Das ist nicht an dem. Im übrigen bin ich der Meinung, daß mit solchen Anträgen die Kommunistische Partei sich als solche selbst desavouiert. Wie kann man als Kommunistische Partei von einem Staat verlangen, daß er dafür sorgt, daß privatkapitalistische Betriebe technisch auf das Höchste vervollkommen werden? Damit verläßt man ja den Grundsatz des Kommunismus überhaupt, oder man nennt sich nur fälschlicherweise Kommunist und ist in Wirklichkeit weiter nichts als ein Staatssozialist. Es läßt sich leicht noch in Betracht, daß bei der Verordnung, die da herauskäme, der Unternehmer erklären würde: Wenn ich meinen Betrieb technisch vervollkommen soll, dann müßt ihr mir auch das Geld dazu geben. Das ist eine Frage, über die sich die Kollegen von der Kommunistischen Partei sehr wenig Gewissensbisse machen. Wir sind der Meinung, wenn man Anträge stellt, soll man sich die Anträge überlegen; das scheint bei den Kommunisten nicht der Fall zu sein, und deshalb können und werden wir nicht für die kommunistischen Minderheitsanträge stimmen. (Beifall bei den Soz.)

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen gegen die Stimmen der Kommunisten, die gegen den Schluß der Debatte protestieren.

Dann werden die Minderheitsanträge in Drucksache Nr. 558 gegen 9 Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Mit demselben Stimmenverhältnis wird auch der in die Drucksache Nr. 558 nicht aufgenommene Minderheitsantrag Lieberoth, Franz, Schneller, Ekrodt, betr. die Bereitstellung eines Fonds zur Belieferung der Kinder aller notleidenden Erwerbslosen, Kurzarbeiter, Kleintrentner, Sozialrentner usw. mit Milch, abgelehnt. (Zuruf bei den Kom.: Die Sozialdemokratie gegen die Kinderpolitik! — Segensrufe bei den Soz.)

Die Mehrheitsanträge auf Drucksache Nr. 558 werden unter A Punkt 1 und 2 einstimmig, unter Punkt 3 und 4 mit Mehrheit angenommen.

Der Antrag von Fräulein Dr. Hettwig:

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu eruchen, außer den unter A Punkt 3 und 4 vorgesehenen Maßnahmen dafür zu sorgen, daß ständig in Sachsen die zur Brotversorgung der Bevölkerung nötigen Getreide- und Mehlmengen lagern und die rechtzeitige Einlagerung angemessener Kartoffelreserven in Sachsen sichergestellt wird.

wird ebenso wie die Punkte 5—13 unter A und ferner B einstimmig angenommen.

Die Minderheitsanträge auf Drucksache Nr. 563 werden mit Mehrheit abgelehnt, die Mehrheitsanträge unter Punkt 1, 2 und 6 gegen die Stimmen der Kommunisten Punkt 3 mit der Abänderung, daß das Wort „mit“ eingefügt wird, sowie die Punkte 4 und 5 einstimmig angenommen. (Zuruf bei den Kom.: Arbeiterfreunde!)

Die Vorlage Nr. 95 wird einstimmig angenommen.

Nächster Punkt der Tagesordnung: Wahl des Untersuchungsausschusses zur Beamtenpolitik.

Es werden vorgeschlagen die Herren Anders und Schiffmann (Dtsch. Sp.), Gündel (Dtschnat.), Siewert und Schneller (Kom.), Dr. Seyfert (Dem.), Müller (Chemniz), Müller (Leipzig), Schwarz, Schmitz und Wedel (Soz.) und einstimmig gewählt.